

N O T I Z E N

aus der 47. Sitzung des Bundesrates vom 11. August 1967

Vorsitz: Hr. Bundespräsident Bonvin
Abwesend: Hr. Spühler (dienstlich)
Schriftführer: Hr. Weber
Protokolle: Die Protokolle der 33. - 42. Sitzung
werden genehmigt.
Beginn: 9 Uhr Schluss: 10 Uhr 20

Mitteilungen des Vorstehers des EPD

Chinesische Protestnote wegen des Verhaltens der Schweiz gegen-
über den tibetanischen Flüchtlingen

Herr Celio, als Stellvertreter des Vorstehers des EPD, orientiert den Bundesrat über die Vorgänge im Zusammenhang mit der Ueberreichung der erwähnten Protestnote durch den Chargé d'Affaires der chinesischen Botschaft. Die Bemühungen des Chargé d'Affaires haben vor einiger Zeit begonnen mit einer Beanstandung unserer Beziehungen zu National-China, die sich anlässlich des Friedenskongresses in Genf offenbart hätten. Der Chargé d'Affaires sei dann wieder erschienen und habe die Frage der Asylgewährung an tibetanische Flüchtlinge angeschnitten und habe mündlich ungefähr das erklärt, was in der vom 5. August datierten Note steht. Herr Botschafter Micheli habe ihm erklärt, dass die Asylgewährung an die tibetanischen Flüchtlinge einen Akt unserer humanitären Haltung darstelle. Darauf ging, noch bevor Herr Spühler nach Kanada verreiste, eine erste Note ein, die trotz ihres unannehmbaren Tones vom EPD beantwortet wurde. Dann hat die chinesische Botschaft die zweite Note vorbereitet. Diese kam am 7. August abends zum EPD. Am 8. August hat Botschafter Micheli die Angelegenheit mit dem Sprechenden erörtert. Man sei zum Schlusse gekommen, die Note als unannehmbar zurückzuschicken. Man hat sich auch die mögliche Reaktion der Chinesen auf diesen Schritt überlegt. Unser Verhalten könnte unserem Botschafter in China Schwierigkeiten bringen. Speziell ist mit Demonstrationen der Roten Garde vor der Botschaft zu rechnen. Weiter ist auch denkbar, dass die Bestrebungen, die beim EPD im Gange sind, Herrn Botschafter Rosetti (China) nach Nordvietnam zu schicken, misslingen könnten. Schliesslich könnte man auch denken, dass China die diplomatischen Beziehungen abbreche. Auch das wäre nicht so schlimm. Unsere Ausfuhr nach China beträgt lediglich etwa 30 Mio. Die Chinesen haben aber schon bisher auch mit Staaten Handel getrieben, mit denen sie keine diplomatischen Beziehungen haben.

Die Note sei dann ~~auch~~ zurückgeschickt worden. Ursprünglich hätte Herr Celio die Sache noch etwas abschwächen wollen, indem er im Begleitschreiben erklärt hätte, wir hätten unseren Stand-



punkt in unserer früheren Antwort umrissen. Die Fachleute des EPD hätten aber zu Recht bemerkt, dass man mit dem Zurückschicken der Note erkläre, dass man auf die Angelegenheit nicht eintrete. Dazu brauche es aber keinen besonderen Kommentar.

Man habe die ganze Angelegenheit nicht publizieren wollen, um die Chinesen nicht zu reizen. Dann habe aber die Chinesische Botschaft in ihrem Mitteilungsblatt vom 5. August die Sache selber publik gemacht und zwar bevor die Note am 7. August beim EPD einging. Das ist ein richtiger Skandal. Da man damit rechnen musste, dass die Angelegenheit im Abendnachrichtendienst durchgegeben werde, habe Herr Celio veranlasst, dass man die Zurückweisung der Note auch bekannt gebe. Er habe der Presse weiter mitteilen lassen, dass die Angelegenheit im Bundesrat behandelt werde, wenn Herr Spühler zurück sei. Herrn von Känel habe er orientiert, dass er heute den Bundesrat informieren werde.

Herr von Moos macht folgende Feststellungen:

1. In dieser Angelegenheit hat es ~~ganz entschieden~~ an der Orientierung der Mitglieder durch das EPD gefehlt. Man hätte bei diesem Fall erwartet, irgend ein Papier/zu bekommen. Man sollte erst recht informiert werden, wenn der Vorsteher, abwesend ist.
oder einen Hinweis vor der Orientierung dch. das Radio des EPD
2. Auch die Information der Oeffentlichkeit hat gefehlt. Das EPD will in der Regel nichts unternehmen, um die Dinge nicht aufzubahen. Die Chinesen tragen solchen Ueberlegungen keine Rechnung. Sie publizieren, was ihnen passt. Das EPD sollte in Sachen Information öfter und rascher wirken.
3. Nach der Berichterstattung der NZZ habe sich Herr Botschafter Micheli am 25. Juli angesichts der ungerechtfertigten Vorbringen "hinreissen" lassen. Im vollen Widerspruch dazu steht es, wenn man lesen müsse, dass später beim Empfang auf der chinesischen Botschaft zahlreiche Bundesbeamte anwesend gewesen seien. Hier wäre eine konsequente Haltung erwünscht.

Herr Celio übernimmt es, diese Kritik an den Vorsteher des EPD weiterzuleiten. Er stellt fest, dass das EPD überrascht worden sei, weil es nicht mit einer Veröffentlichung der Note vor ihrem Eintreffen gerechnet habe. Der Umstand, dass das Bulletin der Chinesischen Botschaft in Genf gedruckt wird, führte dazu, dass die Presse der Westschweiz früher orientiert war.

Schriftliche Anträge

Politisches Departement

Beschluss der Regierung von Baselstadt betreffend Lebensrecht von Israel

Auf Wunsch von Herrn von Moos wird im 2. Absatz des Antwortentwurfes der Ausdruck als "einzige Instanz" ersetzt durch "Behörde".

Volkswirtschaftsdepartement

- 3 -

Schlachtung von illegal eingeführtem Rindvieh

Vom EVD sind zwei neue nicht auf der Liste figurierende Anträge, die Fälle im Kanton Bern und im Kanton Neuenburg betreffen, eingegangen. Angesichts der Vorbehalte in den Mitberichten des JPD, dass man den vorgesehenen Massnahmen nur zustimmen könne, wenn sie "seuchenpolizeilich unerlässlich" sind, nimmt der Vorsteher des EVD die Anträge zur Abklärung bis zur Dienstagsitzung zurück.

Herr Schaffner stellt dazu noch fest, dass die Praxis der Kantone sehr verschieden sei. Das Problem werde sich übrigens je länger je weniger stellen, angesichts der im Gebiete der Rindviehzucht getroffenen Massnahmen.

U m f r a g eHr. S c h a f f n e rSchwierigkeiten des Butterabsatzes

Herr Schaffner erinnert daran, dass der Bundesrat in dieser Angelegenheit einen Nachtragskredit von 20 Mio Franken beschlossen habe. Nun sei bereits ein Minderkonsum von 9 % festzustellen. Der Bundesrat habe seine Massnahmen unter dem Zwang der Verhältnisse getroffen, die nun die vorausgesagte gravierende Ueberhandnahme der Ersatzfette zur Folge hat. Man werde bei dieser Situation die grösste Mühe haben, den Butterabsatz zu fördern. Dazu habe die Butterproduktion noch um 25 % zugenommen. Der Sprechende habe nicht im Sinne, diese Sache anstehen zu lassen, weil man sonst mit ausserordentlichen Kosten rechnen müsste. Man müsse bei der Produktion eingreifen, indem man die Butterpreise tiefer setzt und die Magermilch höher bewertet. Man werde eine Aktion für den Butterverkauf starten müssen. Er möchte nicht den Weg der Subventionierung beschreiten, sondern eine Lösung über die Milchrechnung suchen. (Selbstbehalt). Der Sprechende stellt fest, dass wir bei der Rindfleischproduktion mehr machen sollten. Alle diese Massnahmen werden natürlich das Klima wesentlich verschlechtern.

Der Herr Bundespräsident möchte wissen, ob unser Delegierter für Milch das Problem studiert habe und ob der Rat vor dem Entsch eid einen Bericht über das Ergebnis dieser Studien erhalten werde?

Herr Schaffner erwidert, dass man die Elemente ständig zur Hand habe. Es bestehe ein Käse - Butterplan. Es gehe nun vor allem darum, die Herstellung von Butter weniger rentabel zu gestalten.

Herr Tschudi findet, an der ganzen Entwicklung sei einzig das Ausmass überraschend. Das habe auch ein Pessimist nicht voraussehen können. Was schlimm sei, sei der Einbruch der Margarine auf unsern Markt. Es heisse, dass die Migrosmargarine ausgezeichnet sei. Man behauptet in der Propaganda auch, dass sie gesünder sei. Der Sprechende unterstütze die Vorschläge von Herrn Schaffner. Man müsse das Problem von beiden Seiten anpacken, sowohl durch Beschränkung der Produktion als durch ankurbeln des Butterkonsums.

Hr. CelioAbordnung eines Arztes zur Beobachterequipe der UNO im Nahen Osten

Herr Celio teilt mit, dass der Generalsekretär der UNO die vorgeschlagene Lösung angenommen habe, obwohl der Arzt nur für 3 Monate zur Verfügung gestellt werde, habe aber die Hoffnung ausgesprochen, dass der Nachfolger länger bleibe.

Der Sprechende verliest den Text eines Pressecommuniqués. Auf seinen Antrag wird ein Passus, der vom Status eines militärischen Beobachters spricht, geändert in: "Der Mission von Oberst Züst kommt ausschliesslich medizinischer Charakter zu".

Der Rat ist einverstanden.

UNO Mission Minister Ernesto Thalmann, Jerusalem

Herr Celio, als Stellvertreter des Vorstehers des EPD, gibt zunächst durch Verlesen Kenntnis vom Texte der Resolution 2254, die von der Generalversammlung der UNO am 14. Juli 1967 genehmigt wurde und zu den Massnahmen Israels, welche die Aenderung des Statuts der Stadt Jerusalem betreffen, Stellung nimmt.

Er teilt mit, dass U'Thant am 8. August 1967 die Anfrage gestellt habe, ob wir bereit wären, Botschafter Jolles oder Minister Thalmann zur Verfügung zu stellen, um als persönlichen Vertreter U'Thants nach Jerusalem entsendet zu werden. Das EPD habe positiv geantwortet, nachdem man sich immer dienstbereit erklärt habe. Da Herr Jolles als Präsident des UNCTAD-Rates unabhömmlich sei, habe man Minister Thalmann zur Verfügung gestellt. Der Vertreter U'Thants werde sich zwei Wochen im Mittelosten und zwei Wochen in New York zur Abfassung seines Berichtes aufhalten müssen. U'Thant habe die Bereitschaft sogleich verdankt. Er wird beide Parteien orientieren. Das EPD rechne damit, dass Israel Thalmann akzeptieren werde, während es bezüglich des Einverständnisses der Araber Bedenken habe.

Herr von Moos erkundigt sich, ob Israel irgendwie angefragt wurde, wie es sich zu einer solchen Erkundungsaktion stelle? Die Resolution der UNO sei doch eine etwas einseitige Angelegenheit und sei gegen den Rechtsstandpunkt Israels gerichtet.

Herr Celio hatte Gelegenheit mit Botschafter Turrettini zu sprechen. Nach dessen Auskünften soll der Premierminister Israels sehr gut gesprochen haben. Die Stimmung habe sich etwas geändert, weil man merke, dass Israel sehr hart werde, Die Sympathien gingen deshalb in anderer Richtung. Beim Auftrag an Minister Thalmann handle es sich nicht darum, einen Bericht mit Anträgen zu erstatten. Er soll nur die Situation an Ort und Stelle abklären, aber nicht etwa verhandeln. Als erster müsse er sich in Verbindung setzen mit General Bull.

Der Rat bestätigt die getroffenen Massnahmen.

Präsidialvorbringen

- 5 -

Musikfestwochen Montreux, Einladung zu 2 Sinfoniekonzerten

Herr Tschudi erklärt sich bereit, den Bundesrat zu vertreten.

Herr von Moos ist erstaunt, dass sich der Rat an einem Empfang, der zu Ehren des deutschen, bzw. polnischen Botschafters gegeben wird, durch ein Mitglied vertreten lässt.

Errichtung der Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit in Baden am 30. August

Der Herr Bundespräsident gibt bekannt, dass die Organisatoren die Abordnung eines Mitgliedes des Bundesrates wünschen:

Nachdem für nächsten Dienstag das Geschäft "Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit und Kostenbeteiligung des Bundes" (Antrag EDI vom 10. Juli 1967) vorgemerkt ist, wird der Entscheid über die Einladung auf Dienstag verschoben.

50 Jahre Pharmazeutika-Departement der Firma Sandoz AG, Basel, 16. Oktober 1967

Wie der Herr Bundespräsident mitteilt, lädt die Firma den Bundesrat ein, sich an diesem Anlass durch eines seiner Mitglieder vertreten zu lassen.

Herr Tschudi findet, dass man vermeiden sollte, ein Präjudiz zu schaffen. Es handelt sich nicht um das Jubiläum der Firma selbst, sondern nur um dasjenige eines ihrer Departemente. Man sollte deshalb einen hohen Beamten, z.B. der Direktor des Gesundheitsamtes abordnen (s. Beschlussprotokoll).

5. Session der CNUCED in Genf

Der Herr Bundespräsident stellt fest, dass er übersehen habe, dass bei diesem Geschäft die Ziffer 6 des Dispositives entsprechend einer Notiz der Finanzverwaltung geändert werden sollte.

Herr Schaffner stimmt diesem Vorschlag zu. Der vom FZD gezogene Rahmen sollte nicht gesprengt werden.

Es sei festzustellen, dass Herr Jolles in Genf eine Menge Repräsentationsauslagen habe. Man werde ihm die Zusage machen müssen, dass er für solche Einladungen die Rechnungen vorlegen kann.

Der Rat teilt diese Auffassung.

* * *